

Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 27.10.1938

Beginn vormittags $\frac{1}{2}$ 9 Uhr.

Anwesend alle Abgeordneten

Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und nach kleineren Berichtigungen genehmigt.

1. Rechenschaftsbericht 1937.

Präsident beantragt, gemäss dem Antrage der FK. denselben der Geschäftsprüfungskommission zu überweisen, was mehrheitlich begbilligt wird.

Reg. Chef: verweist darauf, dass die Geschäftsprüfungskommission wieder gewählt werden muss.

Batliner wünscht von einer Wiederwahl seiner Person abzusehen. Es sei überhaupt schade um das Geld, das dabei aufgehe.

Präsident teilt nicht diesen Standpunkt.

Risch Ferdi bemerkt, dass schon vieles von der Geschäftsprüfungskommission angeregt, aber nicht verwirklicht worden sei zB. wegen der Alkoholsteuerrückstände.

Präsident betont, dass ~~MMMM~~ letzthin wieder ein neuerlicher Vorstoss in dieser Hinsicht gemacht worden sei.

Der Landtag ist sodann mehrheitlich für die Wiederwahl der alten Mitglieder dieser Geschäftsprüfungskommission, bestehend aus Emil Batliner, Basil Vogt und Ferdi Risch.

2. Gesuch der Gemeinde Gamprin um Uebernahme der Rheinbaukosten.

Das Gesuch der Gemeinde Gamprin wird verlesen.

Präsident: beantragt gemäss dem Antrage der F.K. Abweisung des Gesuches mit Rücksicht auf die Konsequenzen.

Hasler befürwortet eine aufreht Erledigung des Gesuches, da die Gemeinde Gamprin verhältnismässig grosse Rheinbaukosten habe und die finanzielle Lage der Gemeinde nicht günstig sei.

Vogt Basil bemängelt, dass Gamprin nur wenig an Rheinbauschulden abbezahlt habe. Eine Stattgebung des Gesuches würde grosse Konsequenzen nach sich ziehen. ~~ammm~~

Reg. Chef: Meine Meinung ist, dass wohl, die Gemeinde Gamprin am härtesten unter dieser Last zu leiden hat, es ist aber nicht möglich, auf diesem Wege die Gemeinde zu sanieren. Das würde Konsequenzen haben. Man wird müssen der Gemeinde ausserordentliche Einnahmen zuhalten, mit denen sie die Finanzen bessern kann. Dazu kommt, dass die Verschuldung der Gamprin et Bürger am geringsten ist.

Hoop: Vor ein paar Jahren ist von der Regierung herausgegeben worden, dass so und so viele Schulden die Gemeinden beim Land haben und dass dies nicht so weiter gehe. Wir haben dann einen grösseren Betrag abbezahlt.

Vogt Basil: Es ist bedenklich, dass man einer Gemeinde soⁿ nebenbei unter der Deck zuschiesst. So müssen andere Gemeinden auch Schulden machen. Ich bin nicht dafür.

Büchel: Es ist bekannt, dass Gamprin furchtbar mitgenommen worden ist. Sie haben beim Rheineinbruch grosse Auslagen gehabt. Wenn man entgegenkommen könnte, so wäre es zu begrüssen. Wenn es auf diesem Wege nicht geht, so vielleicht auf einem anderen.

Reg. Chef: Ich bin nach wie vor der Meinung, dass ~~MAN~~ man den Gamprinern bei sich bietender Gelegenheit entgegenkommen soll. Sie kämpfen schwer, aber eine Abschreibung dieser Beträge würde zu Konsequenzen führen.

Der Landtag ist gegen eine Stattgebung des Gesuches.

3. Gesuch der Gemeinde Ruggell um eine erhöhte Subvention für den Schulhausneubau.

Präsident gibt den Beschluss der FK. bekannt, wonach über eine 30%ige Subvention trotz der Bedeutung des Baues nicht hinausgegangen werden könne. Die Vaduzer haben 30% der ausgewiesenen Baukosten erhalten. Dasselbe wurde verpflichtet, auch einen Teil von Schaan einzubeziehen.

Hoop: Vaduz hat kürzlich gebaut und 30% der Bausumme bekommen. Damals als wir Beschluss fassten, habe ich auf diesen Umstand hingewiesen und wir glaubten sicher, so behanfelt zu werden, wie die Vaduzer. 30% der Arbeitslöhne gähe nur ca. 8 % der Bausumme. Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären. Bei der Behand-

116

lung aller Gesuche ist man auf 13% gegangen. Wir haben auch die letzten Jahre viel selber gebaut und dadurch den Landearbeitsmarkt schwer entlastet und ich fände es für unbillig, ans heute so zu behandeln.

Ospelt: In Vaduz wären die Verhältnisse etwas anders, doch möchte ich eine 30%ige Subventionierung der Baukosten befürworten. Wenn vielleicht ein Abstrich gemacht würde für den Gemeindesaal.

Dr. Schädler: Ich möchte den Vorschlag von Vorsteher Ospelt unterstützen, dass man alle Schulbauten mit 30% der Baukosten subventioniert, aber einen Abstrich macht für Lokale, die von der Gemeinde benützt werden und für die Lehrerwohnungen. In Vaduz ist die Schule vielfach für Kinder armer Familien gebaut worden, von denen die Gemeinde auch keine Steuern hat.

Präsident: Der Gemeindesaal wird auch für das Turnen benützt. Ich würde auf eine Basis kommen, dass man für diese Zufälligkeiten 1/3 der Pauschalsumme abzieht. Das würde etwa 5% ausmachen, so dass wir etwa auf 20-25% kämen. Auf dieser Basis wäre das Interesse der Gemeinde ziemlich gewahrt.

Beck Wend.: Es wäre zu begrüßen, wenn man entgegenkommen könnte. Es kann aber Konsequenzen haben. Wenn man in Ruggell für das Schulhaus 30% der Bausumme gibt, wer weiss, ob nicht auch die Triesenberger auch 30% der Bausumme verlangen. Die Notwendigkeit der Kirche war gegeben. Ich glaube bei der Kirche in Triesenberg kommt die Subvention auch nur auf 8%.

Reg. Chef: An und für sich hätten die Ruggeller das Anrecht auf 30% an die Bausumme wie die Vaduzer. Die Landesfinanzen aber schwanken. Man hat auch schon nur mit 13% subventioniert. Dann wurden die Finanzverhältnisse wieder günstiger, so dass man mit 30% subventionieren konnte. Bei den Ereignissen des heurigen Frühjahres aber hat das Land schwer eingebüsst. Heute können wir das bloß mehr machen. Ich habe seinerzeit die Anregung auf Schaffung eines Subventionsfondes gemacht. Moralisch würde es den Ruggellern gehören, denn sie haben angefangen zu bauen, wo der Vorsteher mit 30% der Bausumme gerechnet hat. Ich möchte den Vorschlag auf 25% der Bausumme unterstützen.

Büchel: Ich möchte diesen Vorschlag wärmstens unterstützen. Es ist nicht am Platze, wenn man im gleichen Jahre ein Schulhaus so und das andere wieder anders subventioniert.

Mehrheitlich ist man für eine Subventionierung mit 25% der Bausumme.

4. Ansuchen des Adalbert Kindle, Triesen um Beiträge zur Er-
richtung einer Weizenmühle.

Der Landtag sieht sich ausserstande, dem Gesuche zu entsprechen, da es zu grosse Konsequenzen aus dem privaten Wirtschaftsleben nach sich ziehen würde.

5. Gesuch des Gust. Biedermann, Schaan um eine Subvention.

Der Landtag glaubt, dem Gesuche wie letztes Jahr mit einer Subvention von Frs. 500.- in Anbetracht der volksgesundheitlichen Vorteile stattgeben zu sollen. (

6. Gesuch der Basler Lebensversicherungsgesellschaft um Nach-
lass der Steuerumlage.

Der Landtag schliesst sich dem Antrageder FK. auf Ablehnung des Gesuches mit Rücksicht auf den Rückgang der Landeseinnahmen und auch darauf, dass die Gesellschaften andere Möglichkeiten haben, einen Ausgleich zu schaffen, an und bleibt bei der Aufrechterhaltung des letzten Jahres gefassten Beschlusses.

7. Löschung eingetragener alter Kronen- & Guldenschulden auf

Hypotheken.

Präsident Der Beschluss des Landgeruchtes sei, dass es möglich sei, die Sache so zu regeln. Die Regierung sollte den Text der Gesetzesvorlage formulieren. Die FK. sei der Ansicht, dass eine kleine Grundgebühr von Frs. 2 und ein Zuschlag von je Frs. 1 für jedes 1000 Kr. ~~MMMMMM~~ zu bezahlen sei, damit die Mehrarbeiten für den Staat in etwa gedeckt würden.

Büchel regt an, amtliche Formulare machen zu lassen und den Schuld-
nern zuzustellen, damit es einmal Ordnung geb. Wenn es jedem über-
lassen bleibe, so werde viel wieder nicht gelöscht.

Dr. Schädler erkundigt sich, wie Liechtenstein sich stelle bezgl.

des Anteeiles des Abwertungsgewinnes der schweiz. Nationalbank.

Reg. Chef klärt auf, dass man die Sache im Auge bahlte und zu gege-

bener Zeit, falls es zu einer Aufteilung kommen sollte, heraus-
hole, was möglich sei.

Punkt 8. ist vom Landtag in der öffentl. Sitzung zur Kenntnis
zu nehmen.

9. Vergleich Dr. W. Beck. Antrag auf Abänderung des Vergleiches.

Reg. Chef bemerkt, dass er die Verhandlungen eingeleitet habe und
mit Dr. Ritter noch verschiedene Sachen abzuklären habe. Bis zur
nächsten Sitzung dürfte die Sache behandlungsfähig sein.

10. Arbeitsprogramm.

Präsident: bemerkt, dass die Verhandlungen mit den Gemeinden
Eschen, Mauren und Gamprin bezgl. des Beitrages an die Escheregu-
lierung erfolgt sei. Sie leisten einen Beitrag von Frs. 100,000
abzüglich 5 % für die Brückenbauten.

Büchel: Ich kann mich noch nicht damit einverstanden erklären. Das
ist eine unbillige Behandlung. Die Gemeinden sind in Unkenntnis der
anderen Subventionen darauf eingegangen, aber die Belastung ist
zu gross. Rhein und Esche sind Landesflüsse. Die Esche ist das glei-
che wie der Kanal. Man muss sich wirklich fragen, warum man noch
einmal bezahlen soll. Ich möchte ersuchen, dass man die Angelegen-
heit in Wiedererwägung zieht.

Präsident warnt vor einer nochmaligen Aufgreifung und neuerlichen
Behandlung. Wenn die Gemeinden schon damit einverstanden sind, kön-
nen wir doch nicht nachher mehr bieten. Man muss sich auch fragen,
wer hat den Profit.

Marxer: Wir haben müssen, dem zustimme, wir müssen die Escheregu-
lierung haben, Es ist für uns eine Lebensnotwendigkeit. Wir hät-
ten geglaubt, dass es Sache des Landes wäre, aber wir mussten uns
in diese Sachlage fügen.

Präsident: Es sind schon Gebiete um das mehrfache des früheren
Preises verkauft worden. Es ist eine Wertsteigerung eingetreten.

Büchel: Das stimmt für die Streuemahde, die tief im Wasser waren.

Wir in Mauren und die Eschener, was Nendeln zuliegt, profitieren
gar nichts. Wir haben das ganze Gebiet Schaanwald zu bereits drai-
niert. Die Esche muss wegen dem Tostnerriet tiefer gelegt werden.
Wir könnten es billig machen. Wir zahlen einen Beitrag für etwas,

wo nicht wir den Nutzen haben, Es wäre ~~MMMM~~ zu hoch, wenn wir mit Frs. 20-25,000 belastet würden. Es ist dies eine Belastung, die ich als Abgeordneter nicht ohne Widerspruch hinnehmen kann. Wenn ich auch nicht durchdringe, so wehre ich mich dagegen.

Präsident: Die ortsmässigen Gefühle müssen auf der Seite stehen. Wenn die Gemeinde Mauren sich zur Beitragsleistung bereit erklärt hat, dann sagen wir Gottlob, dass es so gegangen ist. Ich muss betonen, dass wir etwa niemanden hintergangen haben.

Batliner: Ich habe meinen Standpunkt das letztemal klar gelegt. Es ist eine ganz ungerechte Sache, die Maurer sind zuviel belastet worden. Die Leute in Mauren haben unter einem gewissen Druck sich soweit herbeigelassen. Mit 10 Worten hätte man können machen, dass es nicht durchgegangen wäre. Es wäre glatt abgewiesen worden. Wir können es mit Frs. 10,000 machen und uns macht es nichts, wenn man es sein lässt. Die Herausleitung des österreichischen Wassers ist Landessache.

Präsident: Die Oesterreicher haben unser Wasser auch abgenommen und so ist die Vereinbarung zustandekommen, sie bezahlen hier 18%.

Dr. Schädler: Wenn die Debatte so weitergeht, so glaube ich, kommen wir zum Schlusse, dass man hätte den Kanal auch nicht bauen müssen, weil er nicht notwendig gewesen wäre. Aber diese Ueberzeugung wird doch kein Abgeordneter haben. Ich sehe auch immer viel Maurer auf dem Eschner -Riet arbeiten und auch die Gemeinde Mauren muss an einer Tieferlegung der Esche interessiert sein. Ich fühle es für überflüssig, noch einmal darüber zu diskutieren, nachdem eine Einigung mit den Gemeinden erzielt worden ist. Ich glaube, der Landtag sollte sich die Arbeit nicht noch erschweren durch das Aufgreifen neuer Schwierigkeiten und durch das Vorrücken besonderer Gemeindeinteressen. Dann habe ich gehört, dass von einzelnen Bürgern der Gemeinde Mauren im versumpften Gebiete vor Jahr und Tag verschiedene Spekulationskäufe getätigt worden sind. Damit ist bewiesen, dass man an eine Aufwertung des Gebietes glaubt. Es ist nicht sehr schön, wenn man ⁱⁿ diesen Punkt so miteinander feitscht, wenn die Gemeinden die Vereinbarung akzeptiert haben.

Büchel: Was Dr. Schädler sagt, dass viele ~~Maurer~~ Maurer im Escherriet Boden gekauft haben, gebe ich zu, aber diese werden dann von der Gemeinde Eschen mit einem Beitrage schon gefunden werden. Ich fühle mich verpflichtet zu sagen, dass die Maurer ungerade belastet worden sind, Es reden hier viele, die kennen das Maurer Gebiet gar nicht. Wir hätten nur dürfen bei der Gemeindeversammlung aufklären, aber wir haben an dem Ort wollen ~~reden~~ reden, wo wir verpflichtet sind zu reden. Wir sind nicht da, um die Bürger aufzuwiegeln. Es sind auch viel Strassen im Oberland gebaut worden.

Präsident: Wenn der Antrag gestellt werden sollte auf Revision, so müsste ich die Verantwortung ablehnen.

Beck Wend.: Ich möchte die Ausführungen von Dr. Schädler unterstützen. Die Strassen am Triesenberg sollten nicht immer angezogen werden. Man hat diese nicht wegen der Triesenberger allein gemacht, sondern hauptsächlich wegen des Fremdenverkehrs. Wenn die Triesenberger so eigennützig wären, könnten sich auch sagen, es sei ihnen gleich, wenn der Rhein die ganze Breite durch das Tal hinunterläuft. Man muss die allgemeinen Interesse in den Vordergrund stellen. Wegen der Strasse haben die Berger einen minimalen Profir, hingegen kommt die Entwässerung in erster Linie dem Privatbesitz zu. Der Private ist der erste Nutzniesser.

Hoop: Die Abgeordneten von Mauren habe noch den leichteren Standpunkt als ich seinerzeit. Die Gemeinden haben ja zugestimmt und ich würde nicht mehr daran rütteln.

Büchel: Es wird einem vorgeworfen, dass man nur die eigenen Interesse vertreten würde. Ich habe mich für Mauren nie eingesetzt, aber jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, dass ich es nicht vertreten kann. Es hätte sich bei der Gemeindeversammlung nur um ein einziges Wort gehandelt und es wäre anders gegangen. Ich betone, es ist nach der gehaltenen Subventionspraxis ein grosses Unrecht. M

Präsident: Wenn einem Abgeordneten von Mauren die Belastung als zu hoch erscheint, ist das verständlich, aber ich möchte bitten, die bereinigte Angelegenheit nicht noch einmal von vorneher

aufzuziehen., sonst wird es anfangen zu wackeln. Die beiden Abgeordneten von Mauren trifft ja keine Schuld. Die Bezahlung von Frs. 36,000 ist eine derartige, dass kein Geld so gut angelegt ist und ich möchte bitten, nicht weiter zu diskutieren, damit die Sache in Angriff genommen werden kann. Auch möchte ich noch beantragen, dass die Angelegenheit im öffentlichen Landtag nicht in dieser Form behandelt wird, sonst müssten wir hier abstimmen.

Büchel: Ich bin nicht derjenige, der Theater macht. Im öffentl. Landtag sage ich nichts mehr. Ich habe meine Rolle gespielt, aber uns geschieht ein Unrecht.

Batliner: Wir Abgeordnete von Mauren haben schon oft Vorwürfe einstecken müssen, ihr nützt nichts im Landtage. Wenigstens Frs. 10,000 gehören von der Summe weg. In allen Gemeinden hat man die letzten Jahre gebaut und in Mauren ist nichts geschehen.

Präsident: Dass man nichts getan hat, kann man nicht sagen. Schaanwald gehört auch zu Mauren. Wenn man Euch vorwirft, ihr habt Euch nicht gewehrt, so tut man Euch Unrecht. Ich bitte aber nun, nach diesen Darlegungen die Waffen zu strecken, wenn ich so sagen darf. Ihr erntet einen schlechten Dank, wenn die Sache noch einmal von Grund auf behandelt werden muss. Es ist jetzt das grösste wirtschaftlich Werk und das sollte nicht zurückgestellt werden. Die Gemeinde hat die Verantwortung übernommen und wir haben die Leute nicht für den Narren gehalten.

Hasler: Wenn man von einer zu starken Belastung redet, so müsste unter Berücksichtigung d. finanz. Lage müsste man das von Gamprin auch sagen. Gamprin an der Esche auch nicht grosses Interesse zeigen.

Dr. Schädler: Ich möchte zu bedenken geben, was diese Debatte für einen Eindruck macht auf die Bevölkerung des Oberlandes. Es ist für alle Abgeordneten eine peinliche Angelegenheit, wenn man so überlegen muss, dass man jetzt nach der Darlegung der Vertreter von Mauren die Ansicht haben muss, dass man der Gemeinde Mauren ein Unrecht zufügt. Diesen Eindruck haben wir nicht und der sollte auch nicht vorherrschen. Auch Gamprin zählt im Verhältnis viel als kleine Gemeinde.

Mittagspause. Fortsetzung 2 Uhr.

12. Wiedereinbürgerung Peter Beck, Amerlügen.

Der Landtag ist angesichts der gesetzlichen Lage nicht in der Lage, auf das Gesuch einzutreten und die Bürgerabstimmung von Triesenberg zu schützen.

13. Prüfung der Gemeindevoranschläge.

Der Landtag überweist die Voranschläge der Regierung zur Ueberprüfung und Genehmigung.

13. Stand der Massnahmen zur Bekämpfung der Bangsch Massnahmen.

Dr. Vogt, der zur Sitzung erscheint, referiert einlässlich über die bisan getroffenen Massnahmen. Bis heute seien ca. Frs. 60,000 hiefür aufgewendet worden und es erhebe sich nun die Frage, ob nicht die Subventionen mit einem bestimmten Termin eingestellt worden seien. Nach menschlicher Berechnung hätte müssen angenommen werden, dass der Stand dieser Krankheit zurückgegangen wäre, doch mehren sich die Gesuche um Subventionen. Den Hauptnutzen hätten die Metzger u. nicht der Bauer. Hoop ist nicht für die Aufhebung der Subventionen, sondern wünscht dass die sogenannten "Luder" weiter ausgerottet werden. Wenige Stücke solcher Tiere könnten in einer Gemeinde verheerend wirken. Er vermpfiehlt eine strengere Kontrolle.

Präsident betont, dass man vom eigentlichen Kampf gegen den Bang auf ein Subventionssystem gelangt.

Vogt Georg beantragt ein Verbot für die Einfuhr leßrer Tiere aus der Schweiz.

Reg. Chef gibz den Inhalt seiner Unterredung mit dem Eidg. Veterinäramt in Bern bekannt, wonach diese gute Erfahrungen gemacht hätten mit der Bekämpfung, aber es sei ausserordentlich schwer, da die Bauern sich nicht an die Vorschriften halten und die geringste Liederlichkeit räche sich schwer.

Dr. Vogt hieltebes für notwendiger, gegen die Tuberkulose vorzugehen, da diese eine Gefährdung der Menschen beinhalte.

Risch Ferdi spricht sich für eine geneuer Kontrolle der behandelten Tiere aus. Auch sollten von den Stierhaltern Bescheinigungen über die Zahl der Führungen verlangt werden.

Büchel ist nicht für eine sofortige Einstellung der Subventio-

mindest nicht für eine sofortige.

Batliær beantragt, die Subventionen zu ermässigen.

Präsident beantragt nun nach erfolgter Aufklärung und Aussprache die Ausarbeitung einer Aufstellung der geschlachteten Tiere nach den Gemeinden und die Ausarbeitung positiver Vorschläge zu Händen des Landtages.

Schluss der Sitzung 4 Uhr.